

Sieben Fragen an Ihre Kandidatinnen und Kandidaten für den Bundestag 2013

Diese sieben Fragen zum Thema Geldschöpfung sollten Sie, liebe Wahlbürgerinnen und Wahlbürger **in ihrem eigenen Namen** direkt an die Kandidatinnen und Kandidaten stellen, die sich per Direktmandat oder auf Landesliste der Partei Ihrer Wahl in den Deutschen Bundestag 2013 bewerben. Falls Sie eine Antwort bekommen, würde uns diese interessieren. Wir sammeln solche Antworten und versuchen sie auszuwerten, um auf mögliche Bedenken oder Einwände unserer zukünftigen Abgeordneten gegen ein vollständiges staatliches Vorrecht auf Geldschöpfung einzugehen.

Ist Ihnen bekannt, dass der größte Teil des von uns verwendeten Geldes (das Giralgeld) durch private, gewinnorientierte Banken erzeugt und in Umlauf gebracht wird und nicht wie von den meisten Menschen vermutet durch staatliche Organe und dass diese Praxis auch von der Deutschen Bundesbank so bestätigt wird?

Ist Ihnen bekannt, dass das Privileg, Giralgeld zu erzeugen, weder in europäischen noch in deutschen Rechtsvorschriften explizit erwähnt und geregelt wird?

Halten Sie die private Banken-Geldschöpfung für gerechtfertigt oder sind Sie der Meinung, dass Geld nur von einer öffentlichen Institution erzeugt und in Umlauf gebracht werden sollte?

Ist Ihnen der Vorschlag der Vollgeldreform bekannt, demzufolge neues Geld nur noch durch die Zentralbanken als unabhängige vierte Staatsgewalt (die Monetative) in Umlauf gebracht werden soll?

Ist Ihnen bekannt, dass durch die Wiederherstellung des staatlichen Vorrechts auf Geldschöpfung die derzeitige Staatsverschuldung zu einem großen Teil ohne Steuererhöhungen und Sparpakete beseitigen werden könnte und dass der IWF (Internationale Währungsfonds) in einer Studie aus dem Jahr 2012 bestätigt hat, dass dies ohne Inflationsgefahr möglich ist?

Werden Sie sich in der nächsten Wahlperiode im Deutsche Bundestag dafür einsetzen, dass das vollständige staatliche Vorrecht auf Geldschöpfung gesetzlich verankert wird?

Was halten Sie davon, das Volk selbst über die gesetzlichen Grundlagen seines Geldsystems abstimmen zu lassen?